

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses der
Stadt Lüdenscheid**

am 09.05.2011

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz des Hauptausschusses:

Bürgermeister Dieter Dzewas

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Ingo Diller
Ratsfrau Eveline Haue
Ratsherr Lothar Hellwig
Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek
Ratsfrau Ramona Ullrich

Vertreter für Ratsherrn Jens Voß

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam
Ratsherr Oliver Fröhling
Ratsherr Rüdiger König
Ratsfrau Susanne Mewes
Zweite Stellvertretende Bürgermeisterin Ursula Meyer

von der FDP-Fraktion:

Ratsherr Oliver Petrosch
Ratsherr Michael Wülfrath

Vertreter für Ratsherrn
Jens Holzrichter

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Erster Stellvertretender Bürgermeister Otto Bodenheimer
Ratsfrau Kirsten Peterreit

Vertreterin für Ratsfrau Tschöke

von der Fraktion Lüdenscheider Liste:

Ratsfrau Angelika Linnepe

von der Fraktion DIE LINKE

Ratsherr Dietmar Skowasch-Wiers

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Ratsherr Stephan Haase
Ratsherr Peter Oettinghaus

bis Tagesordnungspunkt 8 der
öffentlichen Sitzung

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Dr. Wolfgang Schröder
Stadtkämmerer Karl Heinz Blasweiler
Beigeordneter Wolff-Dieter Theissen
Herr Michael Walker
Herr Martin Bärwolf

bis Tagesordnungspunkt 5 der
öffentlichen Sitzung

Frau Elisabeth Wilfart
Herr Achim Altrogge
Herr Josef Filippek
Herr Martin Aßmann

bis Tagesordnungspunkt 5 der
öffentlichen Sitzung

Herr Werner Giet

bis Tagesordnungspunkt 5 der
öffentlichen Sitzung

Herrn Michael Heinrich

bis Tagesordnungspunkt 5 der
öffentlichen Sitzung

Frau Martina Pabst

Schriftführung:

Frau Kerstin Marré

Abwesend:

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Jens Voß

von der FDP-Fraktion:

Ratsherr Jens Holzrichter

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsfrau Tanja Tschöke

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 21:00 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

2. Rahmenvereinbarung zur Haushaltskonsolidierung hier: Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 GO NRW Vorlage: 075/2011

Erster Stellvertretender Bürgermeister Bodenheimer teilt mit, dass Ratsfrau Petereit als neue Fraktionsvorsitzende anstelle von Ratsfrau Tschöke in den Lenkungsausschuss entsandt werde.

Ratsherr Skowasch-Wiers führt aus, dass die Fraktion DIE LINKE der Rahmenvereinbarung zur Haushaltskonsolidierung nicht zustimmen werde, solange Bund und Land ihren Beitrag zur Sicherung der Gemeindefinanzierung nicht leisteten.

Ratsfrau Linnepe berichtet, dass die Fraktion Lüdenscheider Liste der Vorlage ebenfalls nicht zustimmen werde. Des Weiteren erkundigt sie sich nach der zeitlichen Durchführung. In der Rahmenvereinbarung sei als spätester Termin zur Vorlage des Abschlussberichtes der 12.12.2011 angegeben. Der Bericht müsse aber bis zur Verabschiedung des Haushaltes 2012 vorliegen. Herr Walker antwortet, dass auf einen früheren Termin hingearbeitet werde. Es könne aber sein, dass in Abstimmung mit der Bezirksregierung Arnsberg der Termin für die Verabschiedung des Haushaltes noch verschoben werden müsse. Daher sei das Datum der letzten Sitzung des Rates im Jahr 2011 angegeben worden.

Nach weiterer Aussprache lässt Bürgermeister Dzewas über die Dringlichkeitsentscheidung abstimmen.

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst folgenden

Beschluss:

Gem. § 60 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen ergeht folgende Dringlichkeitsentscheidung:

Die dem Protokoll als Anlage beigefügte Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit der Stadt Lüdenscheid mit den Kommunalaufsichten der Bezirksregierung Arnsberg und des Märkischen Kreises zur Haushaltskonsolidierung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 15 |
| Nein-Stimmen: | 2 |

3. Neustrukturierung der Verwaltung hier: Auftrag des Hauptausschusses vom 28.03.2011 zur Vorlage eines Umsetzungskonzeptes Vorlage: 071/2011

Ratsherr Fröhling erkundigt sich, ob es sich bei dem in der Vorlage genannten Datum für den Eintritt in den Ruhestand (Planstelle 20707) um eine Vorfestlegung für den vom Ersten Beigeordneten Dr. Schröder gestellten Antrag handele. Im Übrigen sei er verwundert, dass in der Vorlage nur insgesamt vier Planstellen aufgeführt seien, die bis zum Jahr 2028 wegfallen könnten. Auch sei es nicht einleuchtend, dass die Kosten der Umsetzung nicht beziffert, aber trotzdem als nicht bedeutend eingestuft würden. Des Weiteren sei in der Vergangenheit in verschiedenen Gremien immer wieder über mögliche Einsparungen diskutiert worden. Die Verwaltung hätte die möglichen Einsparungen nicht beziffern können. Er frage sich, wie die in der Vorlage genannte Summe von 500.000 € bei den Personalkosten kurzfristig ermittelt hätte werden können.

Ratsherr Haase fragt, warum nur zwei Beigeordnetenstellen und nicht vier abgebaut werden sollten. Bürgermeister Dzewas teilt hierzu mit, dass es sich hierbei um eine politische Entscheidung handele, die auch von ihm getragen wurde.

Ratsfrau Linnepe bezweifelt, dass mit diesem Modell 500.000 € pro Jahr eingespart werden könnten. Aus ihrer Sicht seien Einsparungen in dieser Größenordnung nur mit dem 4-Säulen-Modell der CDU-Fraktion erreichbar. Die Fraktion Lüdenscheider Liste würde der Vorlage in dieser Form nicht zustimmen.

Ratsherr Diller bezieht sich auf die Frage von Ratsherrn Fröhling und teilt mit, dass die Verwaltung in der Sitzung des Hauptausschusses am 28.03.2011 beauftragt worden sei, ein Umsetzungskonzept auf Basis eines „Fünf-Säulen-Modells“ zur Neustrukturierung der Verwaltung bis zur heutigen Sitzung vorzulegen. Zu diesem Zeitpunkt sei noch nicht bekannt gewesen, dass Erster Beigeordneter Dr. Schröder später in den Ruhestand gehen wolle.

Stadtkämmerer Blasweiler weist darauf hin, dass bei den Realisierungsdaten der aufgeführten entfallenden Planstellen nur der Status quo zählen könne. Zukünftige Veränderungen - auch bei anderen Planstellen - seien nicht absehbar. Über den Antrag vom Ersten Beigeordneten Dr. Schröder sei noch nicht entschieden worden. Die Höhe der Einsparungen könne nicht mit Gewissheit genannt werden. Eine überschlägige Ermittlung für die vier entfallenden Planstellen sowie eine grobe Übersicht, in wie vielen Fällen eine entsprechende Neubewertung von Planstellen durchzuführen sei, habe zu diesem Ergebnis geführt. In der Vergangenheit sei seitens der Verwaltung immer wieder betont worden, dass eine überschlägige Berechnung ein beschlossenes Modell voraussetze. Die Kosten der Umsetzung sei nicht beziffert worden, weil sie in keinem wirtschaftlichen Verhältnis zu der Höhe der Kosten stehen würden. Zum Beispiel müsste der Internetauftritt der Stadt Lüdenscheid geändert sowie Türschilder ausgetauscht werden. Eine deutliche Reduktion der Personalkosten könne, wie auch bereits mehrfach erörtert, nur noch erreicht werden, wenn Aufgaben gestrichen würden. Eine Aufgabenverdichtung sei nicht mehr möglich. In Teilbereichen sei heute schon zu wenig Personal vorhanden.

Ratsherr Fröhling führt noch einmal aus, dass er es begrüßt hätte, wenn für das „Vier-Säulen-Modell“ der CDU-Fraktion ebenfalls eine überschlägige Berechnung erfolgt wäre.

Stadtkämmerer Blasweiler bietet an, zukünftig solche Punkte in direkten Gesprächen zu klären.

Bürgermeister Dzewas stellt fest, dass die Verwaltung nicht für alle „Gedankenmodelle“ Berechnungen aufstellen könne. Dann sei die originäre Aufgabenerfüllung nicht mehr möglich.

Nach weiterer, zum Teil kontroverser Diskussion lässt Bürgermeister Dzewas über die Vorlage abstimmen.

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst folgenden

Beschluss:

- a. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- b. Die Neustrukturierung der Verwaltung soll, beginnend zum 01.07.2011, unverzüglich umgesetzt werden.
- c. Die Verwaltung wird beauftragt, die zur Umsetzung erforderlichen Ratsbeschlüsse für die Sitzung des Rates am 20.06.2011 vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 11 |
| Nein-Stimmen: | 6 |

**4. Realisierung einer Dauerausstellung über die NS-Zeit in der Stadt Lüdenscheid in den ehemaligen Arrestzellen der Polizei im Keller des Alten Rathauses/1. Ergänzung
hier: Anregung gemäß § 24 GO NRW des Initiativkreises "Gedenkzellen Altes Rathaus" vom 16.04.2008
Vorlage: 097/2010/1**

Eingangs erfolgt die Berichterstattung aus dem Kulturausschuss vom 05.05.2011 durch den Vorsitzenden Rats Herrn Adam.

Rats Herr Adam teilt mit, dass die CDU-Fraktion die Einrichtung der GeDenkZellen im Alten Rathaus ablehnen werde. Aus ihrer Sicht sei die Authentizität der Räumlichkeiten nach mehr als 60 Jahren nicht mehr gegeben. Der Verein „GeDenkZellen“ sei zunächst mit dem Anspruch angetreten, die Errichtung der Gedenkzellen alleine zu finanzieren. In Lüdenscheid gäbe es an unterschiedlichen Stellen Hinweise auf die Zeit des Nationalsozialismus und der in seinem Namen begangenen Verbrechen. Die CDU-Fraktion halte es für sinnvoller, die Geschichte des Nationalsozialismus in Lüdenscheid in den Museen der Stadt aufzuarbeiten.

Bürgermeister Dzewas teilt mit, dass die Aufarbeitung in den Museen unabhängig davon erfolgen könne. Hierzu gäbe es eine Arbeitsgruppe. Mehrere Aussagen von Historikern sowie die gebildete Bürgerinitiative, die den Großteil der Finanzierung schulterte, würde die Restfinanzierung durch die Stadt Lüdenscheid rechtfertigen. Hierfür habe sich eine breite Mehrheit gefunden.

Anschließend sprechen sich die Ratsfraktionen FDP, Lüdenscheider Liste und DIE LINKE für die Realisierung aus.

Nach weiterer Erörterung lässt Bürgermeister Dzewas über die Vorlage abstimmen.

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt folgenden

Beschluss:

1. Dem Antrag des Initiativkreises, die Stadt Lüdenscheid solle in den ehemaligen Arrestzellen der Polizei im Keller des Alten Rathauses, Alte Rathausstraße 1, Lüdenscheid, baldmöglichst als Mahn-, Gedenk- und Dokumentationsstätte eine Dauerausstellung über die NS-Zeit in Lüdenscheid realisieren, wird derzeit nicht zugestimmt.
2. Mit dem Initiativkreis bzw. dem inzwischen aus ihm hervorgegangenen Verein "Ge-Denk-Zellen Altes Rathaus Lüdenscheid e.V." wird eine Vereinbarung getroffen, die folgende wesentliche Regelungen enthält:
 - Zur Realisierung der sicherheitsrelevanten baulichen Maßnahmen, die zum Betrieb der vom Verein beabsichtigten Einrichtung notwendig sind (Verlegen der Gasleitung, Erneuern der Elektroinstallation, Einbau von Brand- und Rauchschutztüren, Einbau einer Brandwand, Brandschutzabschottungen, Kabelverkleidungen) und mit einem Betrag von 30.000 € kalkuliert wurden, steuert die Stadt Lüdenscheid einen Betrag in Höhe von 10.000 € bei. Die Federführung für diese Maßnahmen liegt bei der Stadt Lüdenscheid. Ihr obliegt die Planung, Koordinierung der Arbeiten und die Beauftragung von Handwerksunternehmen. Handwerkerrechnungen für diese Maßnahmen wird die Stadt Lüdenscheid mit städtischen Eigenmitteln bis zu einem

Höchstbetrag von 10.000 € begleichen. Die darüber hinausgehenden Beträge hat der Gedenkzellenverein an die Stadt Lüdenscheid gegen Nachweis zu erstatten.

- Die Stadt Lüdenscheid wird die für die sicherheitsrelevanten baulichen Maßnahmen erforderlichen Aufträge erst erteilen, wenn der Verein den Nachweis erbracht hat, dass die Gesamtfinanzierung gesichert ist. Insbesondere erwartete oder zugesagte Drittmittel müssen nachvollziehbar dargelegt worden sein.
- Alle weiteren Kosten, insbesondere Einrichtungs-, Unterhaltungs- und Betriebskosten, sind vom Verein aufzubringen.
- Die Stadt Lüdenscheid behält sich vor, die dem Verein mietweise überlassenen Räume im Einzelfall selbst zu nutzen, wenn die Berücksichtigung städtischer Interessen dies erfordert; dem Verein steht kein ausschließliches Recht an der Nutzung der Räume einschließlich der Programmarbeit (Form des Gedenkens, Art der Informationen über Täter, Projektarbeit) zu.
- Die Verkehrssicherungspflicht obliegt dem Verein.
- Der Stadt Lüdenscheid steht das Recht zur (außerordentlichen) Kündigung der Vereinbarung für den Fall des vereinbarungswidrigen Verhaltens zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 5

5. Demografiekonzept Lüdenscheid Vorlage: 068/2011

Ratsherr Hellwig führt aus, dass der Lenkungskreis Demografie der Verwaltung den Auftrag erteilt habe, keinen Abschlussbericht, sondern ein fortlaufendes Konzept zu erarbeiten. Die Arbeitsgemeinschaft und der Lenkungskreis Demografie würden bestehen bleiben und den Umsetzungsprozess begleitet.

Die Fraktionen sprechen sich zustimmend für das Demografiekonzept aus.

Anschließend empfiehlt der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

- I. Das vorgelegte Demografiekonzept wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
- II. Die Verwaltung wird beauftragt, das Demografiekonzept auf Grundlage der Ziele, Implementierungsvorschläge und Aufgabenschwerpunkte umzusetzen.
- III. Die Weiterentwicklung und Fortschreibung des Demografiekonzepts erfolgt, zunächst begrenzt auf zwei Jahre, im Rahmen der Zusammenarbeit der Arbeitsgemeinschaft Demografie mit dem Lenkungskreis Demografie.
- IV. Die Verwaltung wird beauftragt die Gebit mit der Bereitstellung und Erstinterpretation des im Demografiekonzept beschriebenen demografischen Kennzahlensystems zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17

6. Verkauf von 49 Prozent der Anteile an der lekker Energie GmbH von ENERVIE an die SWK STADTWERKE KREFELD AG
Vorlage: 079/2011

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt nachstehenden

Beschluss:

Dem Verkauf von 49 Prozent der Anteile an der lekker Energie GmbH von ENERVIE - Südwestfalen Energie und Wasser AG an die SWK STADTWERKE KREFELD AG mit wirtschaftlicher Wirkung vom 01.01.2011 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 16
Nein-Stimmen: 1

7. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Werkzeugbauinstitut Südwestfalen GmbH - WI SWF
Vorlage: 073/2011

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Lüdenscheid stimmt – vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bezirksregierung Arnsberg als Kommunalaufsichtsbehörde - der Beteiligung der Gesellschaft zur Wirtschafts- und Strukturförderung im Märkischen Kreis mbH an der Werkzeugbauinstitut Südwestfalen GmbH – WI SWF und den damit verbundenen Änderungen des Gesellschaftsvertrages der WI SWF zu.
2. Die Vertreterin bzw. der Vertreter der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschafterversammlungen der Entwicklungs- und GründerCentrum Lüdenscheid GmbH und der Kunststoff-Institut für die mittelständische Wirtschaft NRW GmbH werden angewiesen, den erforderlichen Beschlussfassungen zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17

8. Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE; Anhebung des Vergnügungssteuersatzes für das gewerbliche Betreiben von Glückspielautomaten

Ratsherr Skowasch-Wiers trägt den Antrag der Fraktion DIE LINKE vor.

Stadtkämmerer Blasweiler bittet darum, über den Antrag in der heutigen Sitzung nicht abzustimmen. Er schlägt vor, dass die Verwaltung für die nächsten Sitzungen des Hauptausschusses und des Rates eine Vorlage zu diesem Punkt erstellen werde. Zu begründen sei dies damit, dass die Erhebung der Vergnügungssteuer auf der Grundlage einer Vergnügungssteuersatzung erfolge. Es müsse ein entsprechender Satzungsbeschluss gefasst werden. Deshalb müsse der Antrag Bezug auf die Satzung nehmen. Darüber hinaus wäre es hilfreich, wenn die Verwaltung einige Hintergrundinformationen in der Vorlage aufführen würde.

So gäbe es zum Beispiel steuerliche Aspekte wie die Erdrosselungswirkung. Dies bedeute, dass die Steuer nicht so hoch sein dürfe, dass es für die Betreiber unwirtschaftlich werde. Die Verwaltung würde in der Vorlage für die nächste Sitzung des Hauptausschusses und Rates vorschlagen, den Vergnügungssteuersatz für den Bereich der Spielhallen auf 15 % zu erhöhen. Der Steuersatz für Gaststätten, der zurzeit 12 % betrage, solle nicht erhöht werden.

Ratsherr Petrosch teilt mit, dass auf Bundesebene zurzeit der Staatsvertrag zum Glücksspiel neu geregelt werde. Ziel dieser Überarbeitung sei es, die Spielsucht einzudämmen. Die FDP-Fraktion würde sich mit diesem Thema beschäftigen und wolle auch entsprechende Berater in ihre Fraktion einladen.

Er beantrage, diesen Punkt bis zu den Haushaltssitzungen für das Jahr 2012 zurückzustellen. Dann läge auch der neue Staatsvertrag vor und könne entsprechende Berücksichtigung finden.

Bürgermeister Dzewas erkundigt sich, ob der Staatsvertrag sich wirklich mit diesen Themen beschäftigen würde. Ihm sei bekannt, dass der Schwerpunkt auf Wettbüros und Wettmonopolen läge. Ratsherr Petrosch erwidert, dass es auch einen Bezug auf die Spielhallen gäbe.

Ratsherr Diller schließt sich den Ausführungen von Stadtkämmerer Blasweiler an.

Ratsherr Fröhling spricht sich ebenfalls für eine Beratung im nächsten Hauptausschuss/Rat oder bei den Haushaltsplanberatungen aus.

Bürgermeister Dzewas führt aus, dass Änderungen des Staatsvertrages bei der Erstellung der Vorlage für den nächsten Hauptausschuss entsprechend berücksichtigt würden.

Ratsherr Skowasch-Wiers erklärt sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Der Hauptausschuss spricht sich einstimmig dafür aus, dass eine Beschlussvorlage unter Einbeziehung des Staatsvertrages für die nächsten Sitzungen des Hauptausschusses am 06.06.2011 und des Rates am 20.06.2011 erstellt wird.

9. Antrag der CDU-Ratsfraktion, Unterhaltungs- und Instandhaltungsmaßnahmen

Ratsherr Fröhling stellt aufgrund der Berichterstattung in der Presse dar, dass die CDU-Fraktion bei den Haushaltsplanberatungen der letzten zwei Jahre darauf hingewiesen habe, dass das Unterhaltungsbudget für den STL ihres Erachtens zu gering sei. Die in dem Antrag aufgeführten 300.000 € seien genau die Summe, die von der CDU-Fraktion bei den letzten Haushaltsplanberatungen nicht gekürzt werden sollten. Die Mehrheit des Rates habe sich aber dafür ausgesprochen. Aus dem Prognosebericht des STL ginge hervor, dass aufgrund dieser Kürzung nicht alle reparaturbedürftigen Straßen und Gehwege saniert werden könnten.

Ratsherr Diller führt aus, dass er einen entsprechenden Deckungsvorschlag für die beantragten 300.000 € seitens der CDU-Fraktion vermisste. Aus dem Konjunkturpaket II hätten die Unterhaltungsmaßnahmen nicht finanziert werden können.

Ratsfrau Linnepe schließt sich den Ausführungen von Ratsherrn Diller an. Die Lüdenscheider Liste werde dem Antrag nicht zustimmen.

Auf Wunsch von Bürgermeister Dzewas berichtet Herr Walker, dass Mittel aus dem Konjunkturpaket II nur für Investitionen zur Verfügung gestanden hätten. Beim Straßenbau sei die Verwendung für Lärmschutzmaßnahmen, wie die Aufbringung von Flüsterasphalt, zulässig. Treppenanlagen seien nicht Gegenstand des Programms gewesen. Gehwege hätten bei einem behindertengerechten Ausbau Berücksichtigung finden können.

Bürgermeister Dzewas stellt dar, dass das Budget nicht nur beim STL, sondern auch bei sämtlichen Fachämtern im Hause zu knapp sei. Aufgaben könnten daher nicht mehr in dem Umfang wie bisher oder so intensiv betrieben werden. Zum Beispiel wären die Grünflächen in der Vergangenheit zwei Mal im Jahr zurückgeschnitten worden; jetzt nur noch einmal pro Jahr.

Es sei unstrittig, dass Straßenerneuerungen/-ausbesserungen erfolgen müssten. Dieses könnte aber nicht in dem gewünschten Umfang erfolgen. Aus der Beantwortung des STL auf die Anfrage der SPD-Fraktion ginge hervor, dass auch zusätzliche Mittel in Höhe von 300.000 € nicht für alle erforderlichen Straßenarbeiten ausreichen würden. Im letzten Haushaltsjahr seien aufgrund der Schäden aus dem Winter 2009 / 2010 600.000 € zusätzlich zur Verfügung gestellt worden.

Ratsherr Diller schlägt als Kompromissvorschlag vor, die Verwaltung zu beauftragen, kurzfristige Mehreinnahmen, zum Beispiel bei der Gewerbesteuer, STL für Straßenmaßnahmen bis max. 300.000 € zur Verfügung zu stellen.

Ratsherr Fröhling erklärt sich bereit, den Antrag bis zu einer der nächsten Sitzungen zurückzustellen. Sobald der Verwaltung entsprechende Ergebnisse vorlägen, solle über den Antrag abgestimmt werden.

Zweite Stellvertretende Bürgermeisterin bittet, die Bürgerinnen und Bürger am Dickenberg zu informieren, für welchen Zeitraum die dortige Treppenanlage gesperrt bleibe.

Nach weiterer Aussprache teilt Stadtkämmerer Blasweiler mit, dass er sich mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise nicht einverstanden erkläre. Aus seiner Sicht müssten zusätzliche Einnahmen u. a. für unerwarteten Mehrbedarf (z. B. den Jugend- oder Sozialbereich) verwendet werden.

Er weist darauf hin, dass STL für den Zeitraum von vier Jahren einen siebenstelligen Betrag aus Instandhaltungsrückstellungen zusätzlich zu dem Budget erhalten habe. Nach Meinung der Gemeindeprüfungsanstalt im Rahmen der Prüfung der Eröffnungsbilanz seien die

Straßenwerte nicht so schlecht wie dargestellt. Er schlage vor, gemeinsam mit dem STL eine 5-Jahres-Planung zur Straßenunterhaltung aufzustellen und diese im Werksausschuss STL festzulegen.

Bürgermeister Dzewas formuliert den Kompromissvorschlag der SPD-Fraktion wie folgt:

Die Verwaltung sollte für den nächstmöglichen Zeitpunkt im Hauptausschuss oder Rat informieren, falls sich für die Erhöhung der Unterhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen in Höhe von bis zu 300.000 € entsprechender Spielraum ergibt.

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid stimmt wie folgt über diesen Vorschlag ab:

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 15 |
| Enthaltungen: | 1 |

Ratsfrau Mewes ist bei der Abstimmung abwesend.

10. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

10.1. Bekanntgaben

10.1.1. Bauvorhaben; Aufweisung einer 30 % besseren Energie-Effizienz über die aktuelle Energieeinsparverordnung hinaus

Bürgermeister Dzewas gibt folgendes bekannt.

Im Rahmen der Bauvorhaben / Grundstückverkäufe an der Bahnhofsallee (ehemals zum Weißen Pferd) gäbe es aufgrund des Ratsbeschlusses, dass die zu errichtenden Häuser eine um 30% bessere Energie-Effizienz aufweisen müssten, als dies durch die aktuelle Energieeinsparverordnung vorgesehen sei, folgende Probleme.

Nach Unterrichtung der Bauherrn über diese zusätzliche Forderungen lehnten diese den Grundstückserwerb mit der Begründung ab, dass die geschätzten Mehrkosten in Höhe von ca. 15.000 € je Haus in keinem Verhältnis zur tatsächlichen Energie-Einsparung stünden.

Für junge Familien und/oder Förderhaushalte seien zusätzliche finanzielle Aufwendungen von fast 30 % des Grundstückspreises eine große Mehrbelastung. Im Hinblick auf eine mögliche öffentliche Förderung der Bauvorhaben sei abzusehen, dass diese Mehrkosten eine Finanzierung und somit eine Bebauung verhinderten.

Ratsfrau Petereit teilt mit, dass sich eingesparte Energiekosten amortisieren würden. Diese voraussichtlichen Einsparungen würden aber nicht in die Finanzierungsberechnung für die Förderung nach dem Wohnungsbauförderungsgesetz einfließen und somit sei die Tragfähigkeit der Finanzierung nicht gegeben. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen stimme daher zu, dass bei der Zielgruppe, die Mittel aus dem Wohnungsbauförderungsgesetz in Anspruch nehmen würde, von der beschlossenen Regelung abgesehen würde. Eine Beratung durch einen Energieberater, z. B. ENERVIE, sollte aber erfolgen.

Bürgermeister Dzewas spricht sich für eine Regelung für Familien aus, die von den Einkommensgruppen her dafür in Frage kämen. Im Gegenzug müssten sich die Familien verpflichten, eine Energieberatung durch die ENERVIE durchführen zu lassen. Die Verwaltung würde eine entsprechende Vorlage für den Rat vorbereiten.

Der Hauptausschuss stimmt dieser Vorgehensweise zu.

10.2. Beantwortung von Anfragen

10.2.1. Fehlende Fahrbahnmarkierung auf der Herscheider Landstraße

Die Beantwortung der Anfrage des Rats Herrn Haase in der Sitzung vom 11.04.2011 ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

10.3. Anfragen

10.3.1. Bildungs- und Teilhabepaket

Rats Herr Skowasch-Wiers fragt an, wie die Verwaltung zurzeit mit dem Bildungs- und Teilhabepaket umginge und ob auch der Personenkreis der Sozialhilfeempfänger, z. B. Asylanten, über dieses Paket informiert sei.

Bürgermeister Dzewas antwortet, dass die Verwaltung Anträge entgegen nehmen würde. Nach wie vor läge aber kein Ausführungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Somit sei die Aufgabenträgerschaft nach wie vor unklar.

gez. Dzewas
Vorsitzender

gez. Marré
Schriftführer